

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Abzug 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 86, Neuer Torwall Nr. 10  
Sprechstunde: Nordsee 8246

Postkonten: Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Kollegen! Nutzt jetzt jede Gelegenheit und werbt für den Verband! Je mehr Mitstreiter, um so größer wird der Erfolg sein!

#### Auf zur Maifeier!

Arbeiter, Angestellte! Der wirtschaftliche Druck lastet diesem Jahre schwerer denn je auf den gesamten Arbeitern. Die Arbeitslosigkeit breiter Schichten führt als Unterströmung allgemein die Unsicherheit der Existenz herbei. Der 1. Mai fällt in diesem Jahr in eine außerordentlich trübe Zeit. Aus diesem Grunde muß der Aufmarsch am 1. Mai auf fruchtbaren Boden fallen. Die Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes zeigt es sich besonders, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden, um die Arbeitszeit zu verlängern, und die Unzulänglichkeit der Sozialpolitik tritt in diesen Zeiten mehr denn je zu Tage.

Der 8. Mai ist ein gesetzlicher Achtstundentag, Ausbau der Sozialpolitik, das sind die Forderungen, für die wir im Mai Jahr für Jahr unsere Stimmen erheben. Die große Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not und Elend zwingen uns dazu, diese Forderungen mit größter Nachdruck als sonst zu stellen.

Für den Weltfrieden, gegen Militarismus und Krieg haben wir in jedem Jahr unsere Kundgebungen veranstaltet. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben gezeigt, daß die Gefahren auf diesem Gebiet noch vorhanden sind. Noch läßt die Verhandlung der Völker bis an die Bahne bewaffnet gegenüber. Demonstriert am 1. Mai für den Weltfrieden und für Selbstbestimmungsrecht der Völker, die beide endlich zu realisieren müssen.

Die Art der örtlichen Demonstration kann von Stelle zu Stelle nicht vorgeschrieben werden. Die Ortskommissionen des ADGB und die Ortsstellen des Afa-Bundes sind mit den Ortsverwaltungen der angeschlossenen Verbände nach der zweckmäßigsten und wichtigsten Form suchen. Die Arbeitsruhe möglichst ist, muß dabei besonders eingepreßt werden.

Arbeitsgemeinschaften! Macht die Maifeier auch in den Jahren zu einer mächtvollen Kundgebung für unsere Forderungen, für die an diesem Tage die Arbeiter und Angestellten der ganzen Welt eintreten. Tretet insbesondere ein für die Erhaltung der demokratischen Republik in Deutschland.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

In der modernen Gemeinschaft sind zwei Naturgesetze vorherrschend: der Kampf ums Dasein und der wechselseitige Bestand. Und der Kampf ums Dasein, ums tägliche Brot erweist sich gerade in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft als besonders scharf und erbittert. Dieser Kampf stellt die Menschen und Klassen einander gegenüber. Doch gerade bei der Arbeiterklasse, in deren Mitte dieser Kampf am schmerzhaftesten auftritt, sollten Gegenkräfte am wenigsten zum Ausdruck kommen.

Die gesellschaftlich und wirtschaftlich schwächere Kategorie, die Arbeiterklasse, ist ganz besonders darauf angewiesen, zusammenzuhalten, neben den eigenen persönlichen Interessen auch die Interessen der Gesamtheit zu beachten und den Kampf gegen den gemeinsamen Feind — den Kapitalismus — in einheitlich zusammengeschlossener Front aufzunehmen. Gilt schon die alte Wahrheit und die alte Erkenntnis, daß der allein stehende Arbeiter weder vorwärtskommen noch sein Schicksal zu ändern und zu fördern vermag, so gilt in erhöhtem Maße, daß der allein stehende Arbeiter der kapitalistischen Ausbeutung rettungslos verfallen und in solchem Grade geschwächt ist, daß es ihm von vornherein an jeder Möglichkeit gebricht, für sein Volk und seine Interessen schubbringend zu wirken. Das Zusammenhalten, die Solidarität und die Disziplin hingegen verleihen selbst dem Allerschwächsten Kraft und Unbesiegbarkeit und befähigen ihn nicht nur zur Abwehr von Angriffen, sondern zur erfolgreichen Durchführung von Kämpfen im Interesse einer verbesserten Lebenshaltung. Die Wünsche und Forderungen des allein stehenden Arbeiters können vom Arbeitgeber jederzeit abgelehnt werden, und der Arbeiter läuft jederzeit Gefahr, ohne weiteres entlassen zu werden. Ganz anders aber ist die Situation für den Arbeiter einer organisierten Klasse gegenüber, die ihn zwingt, die an ihn gestellten berechtigten Forderungen ernsthaft ins Auge zu fassen.

Das Proletariat ist nur im Rahmen der Gemeinschaftlichkeit, nur durch gegenseitige Unterstützung und nur durch die Macht der Solidarität imstande, im Interesse und zum Schutze einer verbesserten Lebenshaltung erfolgreiche Kämpfe auszutragen. Mit Hilfe der Kraft, die Klassenbewußtsein und disziplinierte Solidarität verleiht, kann das Proletariat alles erreichen, ohne sie gar nichts; ohne sie kann es im Gegenteil in vollkommene Verflachtung zurückfallen. Der Marxismus lehrt: Wissen macht frei. Dieser marxistische Leitsatz führt die Arbeiterschaft zur Solidarität und befähigt sie zum zielbewußten, erfolgreichen Kampfe dem Kapitalismus gegenüber. Der Kampf und das Ringen zeitigen freilich nicht gleich von heute auf morgen ihre Ergebnisse. Der Klassenbewußte Kampf erfordert Opfer und viele Leiden. Manche glauben schon nach kurzem Organistsein auf bessere Lebensverhältnisse rechnen zu können und lassen beim Ausbleiben sofortiger Erfolge die Organisation unzufrieden im Stich. In der Gewerkschaftsbewegung begegnen wir häufig dieser Erscheinung, die sich nur als Folge von Unwissenheit erklärt. Die Leistung ununterbrochener erzieherischer und aufklärerischer Arbeit ist daher von größter Wichtigkeit. Nur das Wissen befähigt die Menschen zur Ausdauer und Opferbereitschaft. Ebenso ist es das Wissen einzig und allein, die die Solidarität und die Disziplin gemahrlieft und Macht und Unbesiegbarkeit im Gefolge trägt. Durch die Disziplin wird die Einheitlichkeit sichergestellt, die unerlässlich ist im Kampfe gegen das heutige kapitalistische System. Ohne die Vereinigung von Wissen und Disziplin ist an Erfolge nicht zu denken. Ohne die Disziplin würde jeder tun, was ihm beliebt oder was er für gut befände, was unbedingt zu Zersplitterung und Zügellosigkeit führen müßte. Der Begriff der Disziplin wird freilich noch in der heutigen Gesellschaft vielfach diskreditiert. Die Arbeiterschaft bedarf jedoch keiner zwangsläufigen Zucht, wie sie beim Militär geübt wird. Unsere Disziplin ist eine freiwillige, die wir selbst auf uns nehmen, die wir uns nicht auf höheren Befehl aufzwingen lassen und die keinerlei Verflachtung bedeutet. Unsere Disziplin ist auf unsern eigenen, freien Willen begründet und ist berufen, der Gesamtheit, den Interessen der Gemeinschaft zu dienen. Unsere Disziplin bezweckt nicht die Abwertung und Vergötterung einzelner, sondern den Wohlstand und die Befreiung der arbeitenden Millionen. Und dieser Disziplin wird sich jeder organisierte, für die Organisation kämpfende Arbeiter mit freudiger Bereitschaft unterwerfen.

Gemeinsames Schicksal, gemeinsame Leiden und gemeinsame Ziele — diese Momente sind es, die die Arbeiterschaft zur Opferfreudigkeit und Solidarität anfeuern. Dies sind die Triebkräfte der Gewerkschaftsbewegung. Solidarität und Disziplin, die brüderlich in gleicher Erde wurzeln,

sind die mächtigsten Stützen der modernen Arbeiterbewegung. Wir haben die Pflicht, jeden Arbeitsgenossen, der unwissend herumtappt und umherirrt, aber dem erhabenen Gedanken zugänglich ist, daß die Organisation die höchste Wehr der Arbeit bedeutet, zu Selbstbewußtsein und zur Disziplin zu erziehen und als Mitkämpfer für unsere Sache zu gewinnen.

Wenn wir diese Dinge vor Augen halten, werden wir erkennen, wonach jeder Arbeiter strebt: Freiheit, Gleichheit und verbesserte Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse. Selbstbewußtsein, Solidarität und Disziplin sind also die Faktoren, auf denen unsere Zukunft begründet ist.

#### Konjunkturbericht vom Monat März.

Das Resultat unserer Konjunkturumfrage für den Monat März läßt einige Hoffnung auf schnellere Besserung in den Konjunkturverhältnissen des Malergewerbes zu. Ganz langsam allerdings nur stiegen in den von uns erfaßten Betrieben die Zahlen der Beschäftigten, und auch der Hundertsatz der Neueinstellungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß im allgemeinen die Lage im Beruf noch vieles zu wünschen übrig läßt. Einzig der Umstand, daß die Gruppe der als „gut beschäftigt“ bezeichneten Betriebe eine starke Zunahme erfährt, läßt den Schluß auf ein stärkeres Anziehen der Konjunktur zu.

Aus 39 Filialen sind für den Monat März 121 Fragebogen eingegangen. Sie zeigen ein Ansteigen der Zahl der Beschäftigten von 3302 in 185 Betrieben des Vormonats auf 3560 Beschäftigte in 121 Betrieben im März. Auf den einzelnen Betrieb entfallen somit 29,8 Beschäftigte, eine Zunahme von 3,9 gegen den Vormonat. Zugewonnen hat auch die Zahl der Neueinstellungen. Im Februar waren 690 Beschäftigte in 90 Betrieben, im Berichtsmonat von 94 Betrieben 889 Kollegen neu eingestellt worden. Von 32 Betrieben wurden 150 Entlassungen vorgenommen. Im Februar waren es 158 in 44 Betrieben. Die vielfach noch unsicheren Verhältnisse erschwerten eine günstige Entwicklung im Gewerbe. Trotzdem aber wird der Beschäftigungsgrad bedeutend günstiger beurteilt als im Februar. So hat die Gruppe der als sehr gut beschäftigt bezeichneten Betriebe eine Steigerung von 1,5 auf 4,1 % erfahren, die der Beschäftigten von 1,8 auf 6,9 %. Die stärkste Zunahme weist die gut beschäftigte Gruppe auf, die von 9,0 % der Betriebe und 11,9 % der Beschäftigten auf 30,6 % der Betriebe beziehungsweise 39,9 % der Beschäftigten stieg. Demgegenüber hat die Gruppe der befriedigend beschäftigten Betriebe eine geringe Verminderung erfahren. Sie ist mit 50,4 % an der Gesamtzahl aller erfaßten Betriebe beteiligt. Statt zurückgegangen aber ist die Zahl der in dieser Gruppe Beschäftigten, so daß nur noch 43,9 % der Erfaßten zu dieser Gruppe zählen. Wenn auch die schlecht beschäftigten Betriebe von 37,7 auf 14,9 % sanken, die Zahl der Beschäftigten von 26,8 auf 9,3 %, so verbleiben die Gruppen der schlecht und befriedigend beschäftigten Betriebe doch noch immer 65,3 % aller Betriebe auf sich, und ein Vergleich mit der entsprechenden Zahl des Monats März im Vorjahre läßt erkennen, daß unser Beruf in diesem Jahre weit hinter dem sonst gewohnten Stand zurückblieb.

Lehrlinge werden im Durchschnitt 3,6 pro Betrieb ausgebildet. Es gibt allerdings einzelne Betriebe, die eine wahre Lehrlingszucht betreiben. So hält ein Betrieb, der im Jahresdurchschnitt 1925 nur 22 Beschäftigte aufweist, 11 Lehrlinge, das heißt, daß auf je zwei Gehilfen ein Lehrling kam. Zur Zeit beschäftigt dieser Musterbetrieb überhaupt nur 11 Lehrlinge. — Entsprechend der leichten Konjunkturbesserung ist auch in der wöchentlichen Arbeitszeit eine Veränderung eingetreten. Die Betriebe, die weniger als 42 Stunden wöchentlich arbeiten, sind ganz verschwunden. Von 42 bis 46 Stunden arbeiten 11 Betriebe mit 444 Beschäftigten; 109 Betriebe mit 3093 Beschäftigten arbeiten 47 beziehungsweise 48 Stunden, und nur ein Betrieb mit 13 Beschäftigten arbeitet infolge größerer Arbeiten in der Industrie mehr als 48 Stunden. In der Mehrzahl der Betriebe ist die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden. Das Bestreben, den freien Sonnabendnachmittag zu gewinnen, hat in einer Anzahl von Lohngebieten zu acht-einhalbstündiger täglicher Arbeitszeit geführt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der freie Sonnabendnachmittag nur durch Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit gewonnen werden soll.

#### Selbstbewußtsein, Solidarität und Disziplin.

Die Zwangsherrschaft des Kapitalismus bringt die Arbeiter nach Befreiung in ständig wachsenden Volkstum zum Erwachen. Ohne Unterschied der Rasse, Konfession und Nationalität zwingen Not und Ausbeutung die Arbeiterklasse der ganzen Welt zum Kampfe im Interesse der Erreichung erträglicherer Lebensbedingungen und einer besseren Zukunft. Jahrhundertlang währende Unterdrückung und Leiden ließen den Befreiungsgedanken zur Geltung gelangen. Nach solch langem irrendem Suchen der arbeitenden Millionen heute überall erkannt, daß die gewerkschaftliche Organisation der einzige Weg ist, der ihnen werden muß, und daß die auf Grund der bewährten gewerkschaftlichen Organisation gewonnenen Methoden die einzigen Mittel sind, die uns zum Ziele führen können. Die Methoden heißen: Aufklärung der Volksmassen, Streik zum Klassenbewußtsein, Erstarkung und Durchsetzung der Wirtschaftszusammenfassung. Die Früchte gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit zeigen sich in der sich ständig mehrenden Vereinigung der nach Millionen zählenden Arbeiterschaft zur Abwehr des Kapitalismus. Die Begriffe Solidarität und Disziplin, die die Triebkräfte der Gewerkschaftsbewegung darstellen, haben in der Gedankenwelt der Arbeiterschaft tiefgehende Wurzeln gefunden. Die Verankerung und gesteigerte Entwicklung dieser Begriffe ist der Aufgaben allerwichtigste, da die grundlegenden Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung aller Kämpfe sich einschließen.

### Unternehmer gegen besseren Bauarbeiter-schutz.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften, einen besseren Schutz der Bauarbeiter zu erreichen, lassen die Unternehmer nicht zur Ruhe kommen. Ein Rundschreiben des Schlesischen Provinzial-Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe an seine Mitglieder nimmt Stellung gegen eine weitere Anstellung von Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Es ist ja zur Genüge bekannt, wie stark sich die Unternehmer gegen die Hinzuziehung von Bauarbeitern zur Kontrolle der Bauten wehren. Sie sind deshalb auch nicht sonderlich erlaut von dem Erlasse des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, der unterm 14. November vorigen Jahres die weitere Anstellung von Baukontrolleuren empfiehlt und darin weiter zum Ausdruck bringt, daß die Bauarbeiter sich in diesen Stellungen bewähren können. Wehmütig nimmt das Rundschreiben davon Notiz, in der nur halb ausgesprochenen Erwartung, daß die Gemeinden dem „Erfuchen“ des Wohlfahrtsministers nicht nachkommen werden.

Bisher wurde die Notwendigkeit eines besseren Bauarbeiter-schutzes und insbesondere die Betätigung von Baukontrolleuren hierbei von den Unternehmern glatt bestritten. Die Bauarbeiter hatten nach jener Darstellung keine Ursache, über unzureichenden Schutz auf der Baustelle zu klagen; sorgte doch jeder Unternehmer wahrhaft „bäuerlich“ für die Innehaltung der Bauarbeiter-schutzbestimmungen. Neuerdings scheint man aber an diese Behauptungen selbst nicht mehr recht zu glauben. Die Mitwirkung von Kontrolleuren aus den Reihen der Bauarbeiter wird natürlich immer noch heftig bekämpft, aber die bisher stets so stark hervorgehobene „Unfehlbarkeit“ der Unternehmer bei der Beachtung und Durchführung der Schutzbestimmungen erfährt in dem Rundschreiben — vielleicht unbewußt — nun eine andere wenig günstige Beurteilung:

„Was zunächst die Unfallverhütung im Baugewerbe selbst anbelangt, so ist unter gleichem Titel ein äußerst lehrreicher Artikel von Herrn L. Zapf, München, in Heft 47 des Reichsarbeitsblattes“ erschienen, in dem der Verfasser unter anderem folgendes sagt:

„Eine Hemmung für den Fortschritt des Bauarbeiter-schutzes bedeutet die Gewerbe-freiheit, die es Personen mit unzulänglichen technischen Kenntnissen gestattet, als Unternehmer aufzutreten. Die Gewerbeordnung sieht zwar in § 36 Absatz 6 vor, daß unter gewissen Voraussetzungen unzuverlässigen Personen der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter sowie der Vertrieb einzelner Zweige des Baugewerbes zu untersagen ist. Diese Bestimmung hat aber für den Bauarbeiter-schutz nur sehr beschränkten Wert, weil das zur Unterjagung des Betriebes vorgeschriebene umständliche Verwaltungsverfahren erst dann eingeleitet werden kann, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden dartun. Es muß die Unzuverlässigkeit erwiesen sein, was regelmäßig erst dann der Fall sein wird, wenn der Baugewerbetreibende bereits Schäden angerichtet hat.“

Außerdem hat der Schlesische Arbeitgeberverband für das Baugewerbe nach der gleichen Richtung unter seinen Mitgliedern recht trübe Erfahrungen gemacht, sonst würde er nicht so widerspruchlos der Auffassung des Herrn Zapf beitreten. Die Forderungen der Gewerkschaften nach härterer behördlicher Überwachung der Bauten zur Vermeidung von Schäden erfährt dadurch eine — gewiß nicht gewollte — Unterbrechung. Die unzulänglichen technischen Kenntnisse eines Teils der Unternehmer des Baugewerbes erhöhen zweifellos nicht unerheblich die Berufsgefahren. Von dieser Tatsache kann auch nicht abgelenkt werden durch den Vorwurf, der in dem Rundschreiben anschließend den Bauarbeitern gemacht wird, daß sie selbst nicht tatkräftig genug an der Bekämpfung der Berufsgefahren mitarbeiten. Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt; er würde aber weniger oft zu erheben sein, wenn die Unternehmer nicht so häufig schlechte Beispiele geben würden.

Interessant ist es nun, wie nach dem Rundschreiben diesem Uebelstand abzuhelfen ist:

„Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß die Arbeitnehmer zum größten Teil selbst derartige Bauunfälle verschulden und daß in erster Linie nicht das Staatsministerium etwas tun kann, um diesen unhaltbaren Zuständen abzuhelfen, sondern in erster Linie die Gewerkschafts-funktionäre selbst, indem sie für Aufklärung sorgen.“

Interes Erachtens muß die Arbeitgeber-schaft des Baugewerbes ganz energig gegen derartige „Kontrollabsichten“ wie sie in der Anfrage des Abgeordneten Hoese (Einstellung von Baukontrolleuren) geordert werden, vorgehen. Ganz dahingestellt mag bleiben, ob diese Herren ihr Amt unparteiisch ausführen werden oder nicht. Hier handelt es sich zunächst um die Kardinalfrage, um die fachliche Eignung. Wir sind gewiß, daß derartige Kontrolleure in fachlicher Hinsicht zu 90 % verjagen würden.

Aufgabe der Bauarbeitgebervertreter im Gemeinde- und Kreisparlament wird es sein, gegen etwaige Neueinstellung derartiger Baukontrolleure, gegen Absichten, die lediglich auf eine Vergrößerung des gewerkschaftlichen Machtbereichs hinauslaufen, energig Front zu machen.“

Es ist höchst anerkennenswert, daß die Unternehmer jetzt die Hilfe der Gewerkschaftsfunktionäre auf diesem Gebiet „in erster Linie“ in Anspruch nehmen wollen. Die Gewerkschaften haben jedoch nicht erwartet bis dieser Einfall reichlich spät — der Gegenseite kam. Sie haben stets und tun es noch — für weitgehende Aufklärung ihrer Mitglieder in dieser Hinsicht gesorgt, dabei aber auch eine ausserordentliche Mitwirkung der Arbeiter-schaft bei der Überwachung der Betriebe zu erreichen versucht. In dieser Weise, und nicht nur in der gnädig von den Unternehmern konzipierten Form, werden die Gewerkschaften auch weiterhin die Rechte ihrer Mitglieder wahrnehmen.

Sie werden aber auch nicht dulden, daß die ministeriellen Anordnungen zur Erzielung eines besseren Bauarbeiter-schutzes sabotiert werden, wozu im Schlußsatz des

Rundschreibens unverhüllt aufgefördert wird. Der Schlesische Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zweifelt die Unparteilichkeit der aus der Arbeiter-schaft hervorgegangenen Baukontrolleure an und spricht ihnen glatt zu 90 % die fachliche Eignung zur Verrichtung solcher Stellen ab. Behördliche Stellen haben zwar wiederholt der Tätigkeit der Baukontrolleure Anerkennung gezollt; das hindert die Unternehmer jedoch nicht, ihre unmaßvollen Behauptungen immer wieder aufzutischen, in der Hoffnung, hier und da doch noch Gläubige dafür zu finden. Die Meiste sind aber die angeblich zu 90 % ungeeigneten Kontrolleure in ihrem fachlichen Können doch noch überlegen den „Personen“, die mit unzulänglichen technischen Kenntnissen ausgestattet als Unternehmer auftreten.“

So betrachtet, wird auch der Widerstand gegen die Kontrolle der Bauten durch erfahrene Bauarbeiter verstandlich.

### Der Kampf der Unternehmer gegen die Sozialpolitik.

Der Kampf der Unternehmer gegen die sozialen Einrichtungen hat an Stärke noch nichts verloren, im Gegenteil lobt dieser in der kapitalistischen Presse mit aller Heftigkeit. Früher hat das „treudeutsche“ Unternehmertum einen Kaiser den „Großen“ geheißten, weil er die gesetzliche Einrichtung des Versicherungswesens befürwortet haben soll. Vielleicht war dies auch damals nur ein Lippenbekenntnis für die Wirkung nach außen. Trotzdem hat das Unternehmertum vor dem Kriege in solcher Offenheit nicht gegen die deutsche Sozialpolitik anzulämpfen gewagt. Heute spricht man, wie die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, von der „Verteilung zur Unmoralität, die durch die Krankenversicherung einen großen Umfang angenommen hat“. Solche Aussprüche müssen festgehalten werden; denn sie bilden die Grundlage des Generalvorstoßes gegen die gesamte soziale Fürsorge.

Das Vorgehen der Unternehmer bei den Krankenkassen ist hauptsächlich darauf gerichtet, sämtliche Sonderleistungen abzubauen. Gewiß ein weitgestecktes Ziel, wenn man bedenkt, daß die Pflege in Krankenhäusern und Erholungsheimen in der Mehrzahl von den Sonderleistungen gehört. Sie sind gegen solche Sonderleistungen nicht immer aufgetreten, und wo sie daran verdienen, sind sie heute noch keine Gegner. Aber wenn eine Ortskrankenkasse etwas in eigene Herstellung nimmt und damit Unsummen einspart, geht das Gepolter los. Die Maßnahmen der großen Ortskrankenkassen, Medikamente, Prothesen usw. in eigenen Betrieben herzustellen oder den Vertrieb derselben zu übernehmen, stoßen auf harten Widerstand bei den Unternehmern. In Düsseldorf hat im Januar dieses Jahres eine Kundgebung der Unternehmer gegen die Soziallasten und insbesondere gegen die Düsseldorf-Ortskrankenkasse stattgefunden. In einer dort angenommenen Entschließung wird von den Krankenkassen verlangt, daß sie sich jeder geschäftlichen Tätigkeit zu enthalten hätten. Dazu sei die freie Wirtschaft da. Doppelte Moral, nichts weiter!

Solange Fabrikanten an der Lieferung von Brillen, Bruchbändern, künstlichen Gliedern usw. für die Kranken gut verdienen konnten, wurden gegen bestimmte Sonderleistungen Einwendungen kaum erhoben. Und wie haben die Lieferanten an den Lieferungen der Krankenkassen verdient! Dafür ein Beispiel: Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Hamburg hat die auf Bestreben eines kleinen Kreises Metallarbeiter ins Leben gerufene orthopädische Werkstätte übernommen. Seitdem die Hamburger Ortskrankenkasse die Herstellung und Abgabe von Bandagen selbst betreibt, sind ihre Ausgaben für Bandagen glatt um die Hälfte zurückgegangen. Nicht nur das, die bisherigen Lieferanten sahen sich gezwungen, mit ihren Preisen wesentlich zurückzugehen. Es wurde also eine doppelte Wirkung erzielt, was man im Zeitalter des Preisabbaues doch sicherlich begrüßen sollte. Der Herstellungspreis der Fabrikate war in der eigenen Werkstätte der Ortskrankenkasse wesentlich zurückgegangen und die Arbeit war überdies noch besser geworden. Doch die Unternehmer wüteten. Sie wollen die Wirtschaft von Ueberflüssigem angeblid befreit wissen; das selbe wollten die Versicherten, und sie waren mit ihrer Maßnahme auf dem besten Wege. Trotzdem schrien die Unternehmer, wo sie sich doch hätten freuen sollen, daß die von ihnen ebenfalls mit aufgetragenen Gelder so gut verwandt wurden.

Die Versicherten müssen von den großen Krankenkassen verlangen, den einmal beschrittenen Weg nach Maßgabe der Finanzkraft weiter zu verfolgen. Die Uebernahme der Herstellung von an Kranke abzugebenden Hilfsmitteln durch die Krankenkassen ist ein Gebot der Stunde. Wie das Hamburger Beispiel zeigt, fahren sie nicht schlecht dabei. Der Nutzen entfällt bereits beim Einkauf des Materials, ferner durch Verringerung der Unkosten und nicht zuletzt durch gesteigerte Produktion. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß nicht mehr angefertigt als gebraucht wird. Die Herstellung kostspieliger Ersatzstücke fällt fort. Ein Erfolg der Rationalisierung! Die Bandagenherstellung und deren Abgabe der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Hamburg ist der besten Hamburger Orthopädie- und Bandagenwerkstätten nicht nur gleichzustellen, sondern ihnen sogar noch überlegen. Beschwerden waren kaum zu verzeichnen.

Unternehmerverbände, Handwerkskammern, Versicherungsämter und nicht zuletzt ein erheblicher Teil der Ärzte sind gegen alles, was von ihnen als „geschäftliche“ Tätigkeit aufgefaßt wird. Man kann sich damit auch nicht befremden, daß die Krankenkassen während der Inflation ihren gesamten Besitz an Gebäuden und Geräten abgeschrieben haben. Nein, sie sollen nach Meinung der Unternehmer ihren Besitz wieder mit fremdem Geld belassen, um die Beiträge herabzusetzen oder eine Beitragserhöhung zu vermeiden. Sie wollen natürlich nur im Interesse der Wirtschaft — was sonst wohl? — Beiträge sparen und den Nutzen an hohen Zinsen einstecken.

Dem Streben der Unternehmer, die Sozialpolitik abzubauen, muß der unerschütterliche Wille der Versicherten selbst entgegengesetzt werden. Die Arbeiter und Angestellten wollen Erhaltung und Ausbau der sozialen

Fürsorge in jeder Art. Sie haben diese nach all den Jahren des Glens, das die letzten besonders hart traf. Wenn es stimmt, daß die Arbeiter, Angestellte und Beamten keine Haut zu Markte trug und noch trägt, so ist das Unternehmertum gläubig der wirtschaftlich in die gedrängten Arbeiter-schaft auch noch den sozialen halt nehmen zu können, dann wird sich das als ein erweisen.

### Die Konsumgenossenschaften im Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Industriellen eine wirtschaftsprogrammatische Denkschrift gestellt, in der auch die Konsumgenossenschaften ihre automatische Rolle im Wirtschaftsprozess spielen. Die Konzentration im Warenhandel und Konkurrenz neuer Formen der Güterverteilung, welche die im Sinne des im Interesse der Kreislaufwirtschaft. Und gerade in diesem Betracht, weisen die Gewerkschaften den Genossenschaften und Konsumgenossenschaften eine besondere Bedeutung zu. Deshalb dem Genossenschaften der Erzeuger und der Verbraucher der Doppelbelastung durch die Umsatzeuren werden mühten.

Dazu wäre noch zu sagen, daß die Konzentration im Warenhandel von der unbedingten Voraussetzung der Konzentration der Kaufkraft ausgeht, wenn sie den gedachten Zweck: die Preisentfaltung erreichen können. Und die Konzentration der Kaufkraft Bevölkerung hinwiederum kann nur bestehen in der genossenschaftlichen Organisationsform, die beides auf sich vereinigt: Konzentration des Warenhandels und der Kaufkraft. Damit ist auch der Kreislauf der Güterverteilung im Glied geschlossen, wo der Verbraucher auch sein Händler ist.

Einen Anschauungsunterricht über die preisverteilung dieser — Konsumgenossenschaftlichen — Verteilung geben die Veröffentlichungen über die der über 400 Mitglieder zählenden Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1925, wobei es sich insgesamt um 1088 berichtende Genossenschaften mit 8366 000 Mitgliederfamilien handelt. Warenumsätze dieser Verbraucherorganisationen betragen 702 1/2 Millionen Mark (1924: 548 1/2 Millionen Mark) wurden erzielt in rund 8000 Verteilungsstellen der Konsumvereine, die 885 Zentrallager besaßen.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die Konzentration im Warenhandel, zusammen mit der Konzentration der Kaufkraft, von nahezu 3 1/2 Millionen wirtschaftliche Ergebnisse zeitigen muß, die in einem direkten Wirtschaftsnutzen für die Mitglieder, dann aber auch in einer allgemeinen Warenpreisregulierung, beziehungsweise Senkung der Warenpreise bestehen. Und da man aus den Verhältnissen der Reichsregierung mit den Führern der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland weiß, daß nach den Quellen die Konsumgenossenschaften ihre Waren im Schnitt um 5 % niedriger „abgeben“, als der Privathändler verkauft, so kann zunächst zahlenmäßig errechnet werden, daß die Konzentration in der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung im Jahre 1925 den angeschlossenen Mitgliedern mindestens 35 Millionen Reichsmark „wiedergewonnen“ ist.

Dazu kommt nun aber noch, daß die Mehrzahl der Konsumgenossenschaften wieder eine sogenannte Rückgabe auf den Wareneinkauf ihrer Mitglieder gewährt, die zwischen 3 und 5 % schwankt. Wenn man auch untere Grenze der Rückvergütung zu dem Willigen von durchschnittlich 5 % nimmt, so erhält man 8 1/2 % Senkung auf 7 1/2 % Millionen Reichsmark 56 200 000 Mark ergibt als Nutzung aus der Konzentration des Warenhandels und der Kaufkraft.

Es ist in diesem Zusammenhang zu beachten, daß außerhalb des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in einer weiteren Konsumgenossenschaftlichen Zentralfunktion noch rund 800 000 Konsumvereinsmitglieder sammelhaft sind, die nach den gleichen Grundsätzen Warenversorgung arbeiten und damit des gleichen teilhaftig sind. Bei einem vergleichweisen Umsatz von 200 Millionen Reichsmark im Jahre 1925 dürfte die Senkungsrate von 8 % gegenüber dem Privathändler direkter finanzieller Nutzen von 16 Millionen Reichsmark sein, so daß der direkte Wirtschaftsnutzen 4 1/2 Millionen Konsumgenossenschaftlich organisiert Verbraucher mit 72 bis 75 Millionen im Jahre 1925 hoch gerechnet ist.

Dies ist immerhin „allerhand“, wenn man bedenkt, daß das eigene Betriebskapital der 3 1/2 Millionen Mitglieder Zentralverbandes deutscher Konsumvereine nur 14 Millionen Mark beträgt, und wenn man noch mäßig von der zweiten Zentralorganisation 3 1/2 Millionen dazurechnet, so sind es immer erst 17 1/2 Millionen Reichsmark, die „verdient“ wurden. Die Konzentration des Warenhandels kann sich gemessen lassen, und man darf dabei nur nicht vergessen, daß die Konzentration der Kaufkraft durch die Konsumgenossenschaftlichen Organisationsform eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg bildet.

Dieser berechenbare Erfolg ist dazu noch der Teil des wirtschaftlichen Nutzeffekts der Konzentration der Kaufkraft. Den weitaus größeren Teil genügt die allgemeine Bevölkerung; denn es ist ganz richtig, daß die Warenpreise, vor allem auf dem Lebensmittelhandel, noch wesentlich höher wären, wenn keine Konsumvereine beständen. Das Preisregulierung Element der Konsumgenossenschaftlichen Konzentration der Kaufkraft ist ein volkswirtschaftlicher Faktor von ordentlich Bedeutung. Die hieraus gewonnene Nutzen für die Gesamtheit der deutschen Bevölkerung ist

den Willen für das Jahr 1925 aber zu niedrig als zu  
angelegt, und so ergibt sich alles in allem genommen,  
die Konzentration der Kontraste durch  
konsumgenossenschaftlichen Organisationen der ein-  
wende wirtschaftliche Faktor in der Frage der Preis-  
setzung ist.

**Die Gesundheitsfürsorge unserer Zeit.**

Von Professor Dr. med. W. Hoffmann,  
Direktor im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin.  
Wohl in allen Städten und Gemeinden des Deutschen  
Reichs haben die beteiligten Kreise eine eindrucksvolle  
Gesundheitswoche in der Zeit vom 18. bis  
April dieses Jahres durchgeführt. Das ganze Volk soll  
Träger gesundheitslicher Forderungen gemacht werden,  
die Lebens- und Arbeitsfähigkeit eines jeden, besonders  
unserer Jugend, zu erhalten und zu mehren.  
Im Rahmen dieser Reichsgesundheitswoche findet in der  
Friedrichshagen am Kaiserdamm eine umfang- und in-  
teressante Ausstellung: „Die Gesundheitsfürsorge  
einer Zeit“ statt.  
Durch nichts kann eine umfassende hygienische Volks-  
erziehung wirkungsvoller betrieben werden als durch eine  
Anleitung, verbunden mit Vorträgen, durch eine harmonische  
Verbindung des Lebens und der Arbeit mit dem zu löblichen  
Darstellung gebrachten hygienischen Gedanken.  
So haben wir besonderen Wert darauf gelegt, daß un-  
serer Ausstellung „lebt“, daß neben den für jeden verständ-  
lichen Darstellungen der wissenschaftlichen Grundlagen der ver-  
schiedenen Gebiete der Gesundheitsfürsorge die einzelnen zur  
Anleitung gebrachten Maßnahmen nach Möglichkeit in  
der Vorführlage dargestellt werden, wie sich  
die ärztliche Tätigkeit in Wirklichkeit abspielt.  
Wir haben die Ausstellung „Gesundheitsfürsorge unserer  
Zeit“ in 9 Abteilungen gegliedert.

Die erste Abteilung „Fortpflanzung“ umfaßt eine  
Erklärung der Fortpflanzung, sodann die Fürsorgeeinrichtungen für  
Mutter und Säuglinge. Erziehungsinstitutionen sind  
nicht nur in ganz vereinzelten Städten eingeführt worden,  
sondern die Förderung der gesundheitlichen Unterweisung vor-  
schiebung für beide Teile in erster Linie aber für  
Nachwuchs, von größter Bedeutung ist. Es ist nicht zu  
denken, daß man bei dieser heiklen Frage leicht vorurteilhaft vor-  
urteilen muß. Es folgt dann die Abteilung „Aufsicht“ mit  
Unterabteilungen „Offene Fürsorge für Säuglinge und  
Kinder“, „Geschlossene Fürsorge“, d. h. Fürsorge für die  
Mutter in Anstalten, und „Fürsorge für Schulkinder und  
Jugendliche“. Dieser große Abschnitt umfaßt unter an-  
derem die Darstellung einer rationellen Säuglingsernährung  
mit praktischer Zubereitung von Nahrungsmitteln — der  
Kunst und Pflege der Waisenkinder, einer Waisenschule,  
Kindertages, ferner die Tätigkeit des Schularztes, den  
Arzt, Eltern und der Lehrerschaft gegenüber, die Vor-  
sorge des orthopädischen Turnens, die Bedeutung besonderer  
Anstalten für Seh- und Gehörlose, Blinde und Taube,  
Anstalten für geistig und seelisch Zurückgebliebene, die In-  
stitutionen des Kindesalters, den Betrieb einer Schul-  
ambulanz und schließlich die Ernährungs- und Verpflegung-  
einrichtungen.

Daran schließt sich das Kapitel „Arbeit und Sozialber-  
euerung“. Hier wird ein großes Interesse die praktische  
Anwendung der Berufsberatung, verbunden mit der  
Anspruchprüfung, in Anspruch nehmen. Es folgen gewerbe-  
liche Darstellungen, Sportanlagen in Betrieben usw.  
Sozialversicherungsträger zeigen die „Erste Hilfe“ den  
Verletzten in Fabriken, die „Krankentätigkeit“, die  
verschiedenen Fürsorgemaßnahmen, die Landes- und Reichs-  
berufungsanstalten für die Angestellten, wie unter andern  
Erholungsheime und Siedlungsbauten, getroffen haben.  
Daran in Verbindung stehen die Darstellungen auf  
dem Gebiete der zusammenfassenden Bezeichnung  
„Arbeitslosigkeit“ (Leibesübungen während der Arbeitszeit,  
Leibesübungen in der freien Zeit und Sportartwesen). Wohl  
erster Male auf einer Ausstellung kommt hier die  
Anleitung einer wissenschaftlichen „Sportärztlichen Unter-  
suchung“ zur Darstellung. So sehr man die allseitige  
Anleitung des Sports mit Freuden begrüßen kann, so sehr  
man aber auch die gesundheitlichen Gefahren mit zu-  
genügen wissenschaftlichen Apparaten erkennen, um sie recht-  
zeitig zu verhindern. Modelle von Stadien, Schwimmhallen  
usw. ergänzen das Dargebotene. Hierbei sei erwähnt,  
daß der Ausstellungswochen die Mensendiebstahl und andere  
Verbrechen in dem Vortragsaal Aufführungen veranstalten

in dem sich anschließenden Abschnitt „Krüppelfür-  
sorge“ wird besonders die Erwerbsfähigkeit der durch  
Tuberkulose, Knochen- und Gelenkerkrankungen verkrüppelten  
Menschen vor Augen geführt. Bilder von Werkstätten  
Krüppel, ihre Erzeugnisse in den Werkstätten usw. zeigen  
den Gewinn der Berufsausbildung auch auf diesem Gebiete.  
Der gefährlichsten Volkskrankheit, der Tuberkulose,  
und den Fürsorgemaßnahmen zu ihrer Verhütung und  
Bekämpfung ist ein weiterer Raum begeben, desgleichen der  
Alkoholfürsorge und der Ver-  
hütung des Alkohols und anderer Volks-  
krankheiten.  
Im Hinblick auf die das deutsche Volk stark belastende  
Wirtschaftslage dürfte eine Vorführung unhygienischer  
Lebensweise und eine Gegenüberstellung, wie man sie nach  
hygienischen Gesichtspunkten gestalten kann, nicht fehlen. Gerade  
die Ausstellung wird sehr interessant werden.  
Die Gesundheitsfürsorge unserer Zeit ist der einzige Wert,  
den wir geben. Die Gesundheitsfürsorge des  
Volk und damit die Gesundheit der deut-  
schen Wirtschaft ist nur möglich, wenn in je-  
dem einzelnen der Wille zur Gesunderhal-  
tung lebendig wird und bleibt.  
Dem Recht auf Gesundheit steht die Pflicht  
der Gesundheitsfürsorge gegenüber.

**Das Maler-Verband**

Blauenese. Am 1. Ostertag feierte die Hamburger  
Zahlstelle Blauenese, bei schönem Wetter im Klein-Flott-  
becken der 25-jährigen Jubiläumfeier, zu dem auch  
zahlreiche Hamburger und Altonaer Kollegen erschienen  
waren. Kollegen kann erinnern in einer Ansprache an  
die Zeit der Gründung, die im April 1901 als Zahlstelle  
zur damaligen Filiale Altona erfolgte, als der bekannte,  
viel zu früh verstorbenen Herr W. A. W. noch Vorsitzender  
und der heute noch lebende Kollege Johann Freese  
Kassierer der Filiale Altona waren. Die Altonaer Kollegen  
hatten zur Erreichung besserer Löhne die Arbeit nieder-  
gelegt und in den Elbbörsen, die vor den Toren Altonas  
bis hinauf nach Blauenese liegen, regten sich die Kollegen  
gleichfalls, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern.  
Kollege Walter Dreher war es, der den Anstoß zur  
Gründung der Zahlstelle Blauenese, zu der die gesamten  
Elbbörsen gehören, gab. In der Gründungsversammlung  
wurde Walter Dreher zum Vertrauensmann gewählt und  
erhielt damit den Auftrag, die Zahlstelle Blauenese zu  
verwalten. Dieser Auftrag ist ihm in den 25 Jahren  
jährlich von den Kollegen der Elbbörsen erneut erteilt  
worden, so daß mit dem Fest zugleich Kollege Dreher  
in doppelter Hinsicht sein Jubiläum feiern  
konnte, einmal als Verbandskollege und dann als  
Funktionär der Organisation. Neben ihm war es  
der Kollege Heinrich Jahnke, der ebenfalls sein  
25-jähriges Verbandsjubiläum feiern konnte. Eingebende  
Treue, persönliche Opfermut haben beide in nicht ge-  
ringem Maße während dieser Zeit aufgebracht, insbesondere  
aber der Zahlstellenleiter Walter Dreher, der in seiner  
Eigenschaft oft mit seinen Arbeitgebern kollidieren mußte.  
Bängst ist die Filiale Altona mit ihrer damaligen Zahl-  
stelle Blauenese der Filiale Hamburg angeschlossen, aber  
immer hält sich die Zahlstelle Blauenese auf der Höhe  
und zählt zu den besten Zahlstellen der Filiale Hamburg.

Gumbinnen. In unserer Generalversammlung wurde  
vom Vorsitzenden der Jahresbericht für 1925 erstattet. Dar-  
aus ging hervor, daß zu Beginn des Jahres eine gute Ge-  
schäftslage vorhanden war. Die von uns eingeleiteten  
Schritte zur Eindämmung der zahlreich beschäftigten Un-  
gelernten hatten wenig Erfolg. Eine am 15. Mai tagende  
Sitzung, die sich mit der Regelung der Löhne für Angelernte  
beschäftigte, blieb ebenfalls ergebnislos, weil von den um-  
liegenden Städten zu dieser Frage noch keine Vorarbeit  
geleistet war. Für die Malerlehrlinge wurde eine Jahres-  
prüfung vorgenommen, auch einigermaßen entsprechende  
Entschädigungsätze für sie vereinbart. Einen starken Um-  
fang nahm die Arbeitslosigkeit; anfangs November war be-  
reits der größte Teil der Kollegen ohne Arbeit. In der  
Februarsitzung gab der Vorsitzende einen interessanten  
Ueberblick über die bisherige Entwicklung der Filiale, die zu-  
erst 1906 errichtet worden war, aber durch einen wilden  
Streik bald wieder zugrunde ging. 1907 kam ein Tarif zu-  
stande, der aber von den Meistern nicht eingehalten wurde.  
Des öfteren mußte auf dem hiesigen harten Boden be-  
sucht werden, den Organisationsgedanken auszubreiten und  
zu befestigen. Häufig, unermüdlicher Arbeit einzelner  
überzeugter Kollegen gelang es endlich, doch festen Fuß  
zu fassen. Die gegenwärtige Zeit zur Ver-  
bung und Aufklärung der Kollegenchaft  
auszunutzen ist dringendes Gebot der  
Stunde. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse  
unserer Mitglieder zu fördern und zu verbessern, ist die  
wichtigste Aufgabe unserer Organisation. Darum ist es  
auch Pflicht jedes im Verufe Beschäftigten, sich uns anzu-  
schließen, unsere Versammlungen zu besuchen, mit uns ge-  
meinsam zu wirken und zu streben nach einem besseren,  
menschwürdigen Ziele.

Magdeburg. Einen bedauernswerten Unfall erlitt am  
20. März der Kollege Valentin Biedel beim Dedent-  
streichen in einer Privatwohnung. Auf dem gebohrten  
Parkettfußboden kam die Leiter ins Rutschen, der Spann-  
strich zerriß, so daß sie ganz auseinander rutschte und der  
Kollege durch den Sturz einen Unterschenkelbruch erlitt.  
Wäre der Strich stark genug gewesen, konnte der Unfall  
nicht passieren. Kollegen, prüft stets bei der Benutzung  
von Leitern und Gerüsten vorher, ob das Material auch  
gut imstande ist. Leben und Gesundheit stehen auf dem  
Spiel.

Stralsund. Am 1. April dieses Jahres konnte unser  
Kollege Wilhelm Bierhuff auf seine fünf-  
undzwanzigjährige Zugehörigkeit zu unserm Verbands zurü-  
ckblicken. Die Filialverwaltung veranstaltete zur Ehrung  
des Kollegen eine Jubiläumfeier. Der prächtig geschmückte  
Saal des Gewerkschaftshauses gab der Veranstaltung ein  
imposantes feierliches Gepräge, und frohe Feierstimmung  
erfüllte die zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren  
Frauen und Gästen. Ein wichtiges zum Vortrag ge-  
brachter Prolog eröffnete die Feier. Die tief angelegte  
Festrede war eine besondere Ehre für den Jubilar und  
seine Verdienste für den Verband, war ein Mahnruf für  
die Jungen, die gleiche Treue, denselben Opfermut zu  
zeigen wie die Alten. Im Auftrage des Hauptvorstandes  
konnte der Vorsitzende dem Jubilar eine Ehrenurkunde,  
im Namen der Kollegen der Filiale einen silbernen Becher  
mit Widmung überreichen. Ein dreifaches Hoch auf den  
Jubilar und den Verband beschloß die Festrede. Unter  
ernstem und munteren Beifall unserer Kollegentafel und  
dramatischen und heiteren Regitationen wurde das gemein-  
same Band der Zusammengehörigkeit der Kollegialität  
fester geschmiedet. So wird auch diese würdig verlaufene  
Feier die Stralsunder Kollegen aufs neue gestärkt und  
gefestigt haben zu ernster Arbeit zum Wohle und Gedeihen  
des Verbandes.

**Das Unternehmertreffen**

Nötigstellung. Ueber die Tagung des württem-  
bergischen Malerbundes brachten wir aus einem längeren  
Bericht im „Maler- und Lünzergewerbe“ in Nr. 18 einen  
kurzen Auszug. Unter anderm waren da beim Vortrag  
über die „Baugewerksberufsgenossenschaft“ dem Vorsitzenden

des Reichsbundes, Herrn Kruse, zur Bleiweißfrage einige  
Sätze unterlegt worden, die uns zu einer kritischen Be-  
merkung Anlaß gaben, schon deshalb, weil uns seit Jahren  
die Stellungnahme sowohl des Herrn Kruse als auch einer  
Reihe anderer führenden Herren im Reichsbunde für das  
Malergerwerb zu dieser Frage doch als lobal bekannt war.  
Es freut uns, im „Maler- und Lünzergewerbe“ nun zu  
lesen, daß zu dieser Sache der Berichterstatter ein Ire-  
tum unterlaufen ist. An Stelle der beiden Sätze in Gänze  
süßen vielmehr die Ausführungen des Herrn Kruse  
wie folgt lauten: „Durch die neue Reichsversicherungsord-  
nung haben die Berufsgenossenschaften auch in Zukunft die  
sogenannten Berufskrankheiten zu bezahlen. In unserem  
Gewerbe rechnen die Bleierkrankungen zu den Berufskrank-  
heiten. Wir können diese Erkrankungen zu den Berufskrank-  
heiten und uns vor höherer Belastung  
schützen, wenn wir an Stelle der giftigen  
Bleiweiß ungiftige Farben, zum Beispiel  
anstatt Kadmumweiß Sulfobleiweiß, das  
fast giftfrei ist, verwenden.“ Selbstverständlich  
erledigt sich damit auch unsere Bemerkung.

**Gewerkschaftliches**

Die bayerischen Gewerkschaften zur Verwaltungs-  
reform. Die freien Gewerkschaften des Bezirks Bayern  
(ADGB, AFA und ADW) faßten zu der von der bayeri-  
schen Regierung geplanten Vereinfachung der Staats-  
verwaltung eine Entschliebung, in der die Vereinfachungs-  
aktion zwar begrüßt, zugleich aber gefordert wird, daß sie  
nicht auf Kosten des sozialen Fortschritts und der staat-  
lichen Wohlfahrtsmaßnahmen durchgeführt werden darf.  
Die freien Gewerkschaften legen deshalb schärfsten  
Einspruch gegen die geplante Aufhebung des  
Sozialministeriums ein, zumal diese Aufhebung  
lediglich den Wünschen einer veralteten Bureaucratie und  
den Interessen des arbeitfeindlichen Unternehmertums  
entspricht. Die Entschliebung stellt dann fest, daß durch  
die von der Regierung geplante Vereinfachung keine  
wesentliche Ausgabenminderung eintritt und zeigt schließ-  
lich den Weg, auf dem das erreicht werden könnte: Auf-  
hebung des Außenministeriums, Auf-  
hebung der teureren Gesandtschaften, Zu-  
sammenlegung und Vereinfachung der Finanzverwaltung  
mit der allgemeinen Verwaltung, wesentliche Reduzierung  
der acht Kreisregierungen, der 162 Bezirksämter und der  
200 bayerischen Amtsgerichte, Einschränkung des umfang-  
reichen Verwaltungsapparates der Staatsforsten und der  
Staatsbauverwaltung sowie Abbau der vollkommen über-  
flüssigen hochbezahlten Beamtenstellen bei der Staats-  
schuldenverwaltung, dem Obersten Rechnungshof und dem  
Obersten Verwaltungsgerichtshof.

Keramischer Bund im Fabrikarbeiterverband. Ver-  
handlungen der Verbände der Glasarbeiter und  
Porzellanarbeiter mit dem Fabrikarbeiterverband  
haben zu dem Ergebnis auf Schaffung eines Keramischen  
Bundes im Fabrikarbeiterverband geführt. Die Glas-  
arbeiter werden ihre Entscheidung auf dem 7. Juni  
nach Götting einberufenen Generalversammlung treffen,  
während die Porzellanarbeiter in einer allgemeinen Mit-  
gliederabstimmung entscheiden, die bis zum 1. Juni ab-  
geschlossen sein muß. Die Konferenzen der im Fabrik-  
arbeiterverband organisierten Ziegler haben sich ein-  
stimmig für die geplante Neuregelung erklärt. Wird sie  
beschlossen, dann nimmt der Keramische Bund seinen  
Sitz in Berlin, im Charlottenburger Verbandshaus der  
Porzellanarbeiter.

Reichstarif für das Studegerwerb. Die Verhandlungen  
zwischen dem Deutschen Studegerwerbverband, Sitz Düffel-  
dorf, und dem Deutschen Baugewerksbund sowie dem  
Christlichen Bauarbeiterverband haben zum Entwurf  
eines Reichstarifvertrages für das Studegerwerb ge-  
führt, der in seinen Hauptpunkten durch Schiedspruch  
zustande gekommen ist. Danach sind die Löhne aus-  
schließlich nach Bezirken festzulegen. Die regelmäßige  
wöchentliche Arbeitszeit darf 48 Stunden nicht über-  
schreiten. Akkordarbeit ist grundsätzlich zulässig, die Be-  
zirksverbände haben zwecks Abschluß von Akkordverträgen  
auf Antrag einer Partei zu verhandeln. Die Zuschläge  
für Nebenstunden betragen 25 %, für Nachtarbeit 50 %  
und für Sonntagsarbeit 100 % des jeweiligen Stunden-  
lohnes. Der Tarif gilt vom 1. Juni 1926 bis zum  
31. März 1928. Die Erklärungsfrist läuft bis zum  
20. April. Die Gewerkschaften werden in Reichskonferen-  
zen zu dem Vertragsentwurf Stellung nehmen.

Für das Dachdeckergerwerb sind die Verhandlungen  
zur Erneuerung des von den Unternehmern gekündigten  
Reichstarifs an der Lohnfrage gescheitert.

**Genossenschaftliches**

Die Volksfürsorge im Jahre 1925. Das verfloßene  
Jahr hat der Volksfürsorge weitere Fortschritte gebracht.  
Vor allem galt es die Organisation, die zu Beginn des  
Jahres noch unter den Nachwirkungen der Inflation litt,  
zu festigen und weiter auszubauen. In dieser Beziehung  
ist Hervorragendes geleistet. Infolgedessen konnte auch  
das Neugeschäft — von einigen Rückschlägen abgesehen —  
von Monat zu Monat gesteigert werden. Während im  
Januar 11 664 Versicherungsanträge hereinkamen, brachte  
der März bereits 16 921 und der November als bester  
Monat des Jahres sogar 24 778 Neuanträge. Insgesamt  
gingen für das verfloßene Jahr beim Hauptbureau  
206 716 Anträge ein, gegen 68 860 im Jahre 1924. Von  
dem Gesamtergebnis des Jahres 1925 entfallen auf den  
am 1. Mai eingeführten Sterbeklassenarbit I 30 880 Ver-  
sicherungen, während seitdem für den Tarif IIa 118 577  
Versicherungen beantragt wurden. Die eingehenden  
Prämien wurden der Arbeiterbewegung im weitest-  
gehenden Maße dienstbar gemacht. Das wird dadurch be-  
wiesen, daß Konsum-, Bau- und Siedlungsgenossen-  
schaften, Bauhütten, Gewerkschaftshäusern usw. seit des

Inflation etwa 10 Millionen Reichsmark als Hypotheken zur Verfügung gestellt und weitere rund 7 Millionen Reichsmark rest zugesagt werden konnten. Aber auch die Interessen der Versicherer wurden bestens gewahrt; zahlte doch die Vorkaufsbörse im verfloffenen Jahre nicht weniger als 470 000 Reichsmark und seit der Umstellung rund 1 200 000 Reichsmark für Sterbefälle aus.

### Sozialpolitisches

**Vom Volksbegehren zum Volksentscheid.** Als eine gute Vorbedeutung für den Volksentscheid nicht nur, sondern gleichzeitig auch für die Festigung des republikanischen Staatsgedankens bei der breiten Masse der Bevölkerung Deutschlands, darf das Ergebnis der Einzeichnung für das Volksbegehren, betreffend die Fürstenernteignung, bezeichnet werden. Mehr als 12 1/2 Millionen Wahlberechtigte trugen sich in die Listen ein, obwohl es sich bei der Abstimmung zunächst nur um einen Vorentscheid handelte. Ein kräftiger Aufstuf für den Volksentscheid, der nun nach dem Willen des Volkes kommen muß. Im Reichstag verwahrte sich der Reichskanzler Dr. Brüdermann energisch gegen den Vorwurf, eine Verschleppung des Volksentscheides zu bezwecken. Es ist nun mit dem Einsetzen einer intensiven Gegenagitation zu rechnen und damit, daß alle Register der Irreführung und Volksverblümmung gezogen werden. Hiergegen hilft nur Aufklärung und Aufmunterung. Also rüsten wir zum Hauptschlag, zum siegreichen Ausgang des Volksentscheides.

Die Wirtschaftslage des Deutschen Reichs ist Anfang April immer noch außerordentlich gedrückt. Die für das Frühjahr erhoffte Erholung ist ausgeblieben. Die feststellbare Belebung ist lediglich Saisoninflüssen zuzuschreiben und auch diese bleibt hinter dem gewohnten Maß zurück. Wir sehen uns einer hartnäckigen, langanhaltenden Krise gegenüber, deren Milderung nur langsam vor sich gehen wird. In den Hauptproduktionszweigen herrscht weiterhin schärfste Krise, Produktionsbeschränkung, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, so im Kohlenbergbau, wo die Zahl der Feierschichten erschreckend angewachsen ist und neue Stilllegungen mit umfangreichen Entlassungen bevorstehen. Die Hoheisenzeugung erreichte im Februar einen Tiefstand, wie sie ihn seit 1922 nicht mehr hatte. Im März trat eine kleine Erholung ein. Die Stahlerzeugung hat sich bereits im Monat Februar etwas erhöht, doch blieben die Ziffern hinter denen des Vorjahres sehr erheblich zurück. Dieser Produktionsrückgang ist um so bezeichnender, weil die Ausfuhr der Eisen- und Stahlindustrie trotz eines geringen Rückganges im Februar und März im Vergleich zur ersten Hälfte des Vorjahres noch immer sehr günstig ist. Die Produktionseinschränkung, die offiziell 35 % beträgt, in Wirklichkeit aber noch größer sein mag, ist demnach ausschließlich auf die gedrückte Lage des Inlandskonjunks zurückzuführen. Auch konnte sich der Baumarkt immer noch nicht erholen. Selbst die saisonmäßige Belebung war sehr gering. Als bereites Zeichen der drückenden Krise ist die Absatzstörung in der ganzen Textilindustrie bis auf einzelne wenige Zweige anzusehen. Vielleicht wird die Baumwollindustrie sich infolge der kürzlich eingetretenen Erhöhung der Baumwollpreise ein wenig erholen, nachdem der frühere Preissturz der Baumwolle die Käufer in Erwartung weiterer Preisrückgänge zur Zurückhaltung veranlaßt. Weiter schlecht blieb die Lage der Maschinenindustrie (in Mitteldeutschland circa 60 % Arbeit verfehlt), Waggonbau-, Automobilindustrie, Werkzeugindustrie. Eine kleine Belebung zeigte sich in der chemischen, Papier-, elektrischen, Kalk-, Stickstoff-, Film-, Seidenband- und Textilindustrie. Gut ist der Geschäftsgang bei einzelnen Zweigen der Lebensmittelindustrie und bei den Brauereien.

**Sparaffen und Arbeitslosigkeit.** Wie fast überall im Reich so berichten auch die rheinischen Sparaffen von einer Vermehrung der Sparaffeneinlagen. Sie stiegen allein im Monat Februar um 25 auf 363 Millionen Mark. Die Gesamteinlagen, einschließlich Giroverkehr, stellen sich auf 513,7 Millionen Mark. Diese Sparaffentätigkeit wäre zu begrüßen, wenn damit eine Gesundung der Wirtschaft einherginge. Gerade in Rheinland-Westfalen ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. Sie hat sich in letzter Zeit noch erhöht. Auf der einen Seite also vergrößertes Glend und Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite ein Steigen der Spareinlagen. War die Sparaffe früher die „Bank der kleinen Leute“, so dürfte wohl einwandfrei festzustellen sein, daß am jetzigen Zuwachs der Spareinlagen die Arbeitererschaft wenig Anteil hat. Dies gilt besonders im Rheinland.

**Schädliche Wohnungsdichtigkeit.** Der Prozentfuß der Wohnungsdichtigkeit ist in manchen Städten etwas zurückgegangen. So kamen in Berlin auf eine Wohnung 1913 4,06 und 1925 3,43 Personen. In Dresden war das Verhältnis 3,95 und 3,57. Die Verminderung der Wohnungsdichte wird auf die größere Sterblichkeit im Kriege zurückgeführt. Auf der anderen Seite leben heute aber mehr Haushaltungen in einer Wohnung als früher. Die Zahl der Wohnungen, wo mehr als eine Haushaltung zu wohnen war, betrug vor dem Kriege 1 bis 2 %. Diese Verhältniszahl stieg in Städten, wie Düsseldorf, Königsberg, Nürnberg, Frankfurt und Leipzig im Vorjahr auf 10 bis 13 %. Daß dies ein vollständig ungeundenes Verhältnis ist, braucht an dieser Stelle nicht herabgehoben zu werden. Wieviel Jam, Not und Verbrechen spricht aus diesen Zahlen! Denn nicht immer sind es Engel, die da mit mehreren Haushaltungen zusammen wohnen. Wieviele konnten da aus bitterer Erfahrung sprechen?

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes tritt zu seiner 31. Sitzung am 21. April 1926 in Genf zusammen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem der Bericht des Direktors, die Prüfung des Haushaltsvoranschlags für 1926, die Vorbereitung der Konferenz für

1926, die Umbildung des paritätischen Marineauschusses, der Bericht über die Zusammenkunft des ständigen Komitees für Auswanderungsfragen, der Bericht des Geschäftsrates des Ausschusses sowie die Festlegung des Zeitpunktes und Ortes der nächsten Tagung. Aus dem dem Verwaltungsrat vorzulegenden Bericht des Direktors ist zu ersehen, daß sich die Zahl der eingetragenen Ratifikationen von Uebereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz auf 180 erhöht hat. Dazu kommen noch 84 genehmigte, aber noch nicht eingetragene Ratifikationen und 125 von den Regierungen zur Ratifikation durch die gesetzgebenden Körperschaften befürwortete Ratifikationen. Dieser Fortschritt bedeutet eine weitere günstige Entwicklung auf dem Wege zur Gestaltung eines einheitlichen internationalen Arbeitsrechtes. Die 31. Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes ist die erste, die nach den neuen Beschlüssen öffentlich tagen wird und zu der Pressevertreter zugelassen sind.

### Gewerbe- und soziale Hygiene

**Die Bleivergiftung.** In welcher Weise die bei einer ganzen Anzahl von Berufskrankheiten häufige Bleivergiftung dem Organismus schädlich ist, wird in einem Aufsatz des „Archivs für Hygiene“ dargestellt, der sich auf Untersuchungen des Moskauer Instituts für das Studium der Berufskrankheiten gründet. Dort wurden an Bleivergiftung Erkrankte, ferner Arbeiter einer Bleiweißfabrik, Arbeiter einer Gummischuhfabrik und Seher aus Mosauer Druckereien — im ganzen 1184 Personen — untersucht. Es ergab sich, daß das Blei in erster Linie schädlich auf das Blut einwirkt. Es entsteht starke Blutarmit mit allen ihren ungünstigen Begleiterscheinungen — Kopfschmerzen, Schwindel, Schwäche usw. Die Tätigkeit der Magen- und Nierenorgane wird gestört, auch die Tätigkeit der Herzmuskeln wird gehemmt.

### Arbeiterversicherung

**Die Krise der deutschen Krankenversicherung.** Die Zahl der wegen Krankheit für arbeitsunfähig erklärten Krankenkassenmitglieder hat in letzter Zeit außerordentlich zugenommen. Dieser Zustand rückt die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Krankenkassen in bedrohliche Nähe. Die Ursache dieses Zustandes ist nicht in dem allgemeinen Gesundheitszustand zu suchen, der, wie der hervorragende Sozialhygieniker Professor Grotjahn ausführt, in den Jahren 1924 und 1925 ein ziemlich günstiger war, sondern in der wirtschaftlichen Sphäre. Da die Erwerbslosenunterstützung zur Verringerung des Lebensunterhaltes auch nicht im entferntesten ausreicht, liegt es nahe — wie F. O. Kraß im „Arbeiterklub“ darstellt —, daß der gegen Krankheit Versicherte die höheren Leistungen der Krankenkassen in Anspruch zu nehmen versucht. Nur ein kleiner Teil dieser Erwerbslosen besteht aus Simulanten. Es gibt unter ihnen auch Kranke, deren Leiden objektiv keine Arbeitsunfähigkeit bedingen würde, die aber, durch die wirtschaftliche Not getrieben, ihr Leiden schlimmer hinstellen, als es ist. Viele Kranke gibt es aber, die sich, solange sie noch in Beschäftigung standen, zur Arbeit geschleppt haben, um nicht auf das im Vergleich zum Arbeitsverdienst niedrige Krankengeld angewiesen zu sein. Die aber die durch die Arbeitslosigkeit gewährte Hilfe zur Behandlung ihrer Krankheit benötigen. Außerdem sei auch der Arbeiterstand, der die harten Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit durchlebt hat, seelisch so erschüttert, daß er auch bei leichteren Krankheitsfällen eher geneigt ist, Erwerbsunfähigkeit anzunehmen als vor dem Kriege. Auch die Lage der Klassen ist weiseulich schlechter als vor dem Kriege. Die Inflation hat die Reserven der Klassen aufgezehrt. Zwar ist es den Klassen 1924 möglich gewesen, wieder gewisse Rückstellungen vorzunehmen; diese waren aber nur so gering, daß sie durch die gegenwärtige Krise reiflos aufgezehrt wurden. Die Unternehmer tragen auch zu einem großen Teil Schuld an diesen Zuständen. Kaum hatte eine Krankenkasse eine geringe Rücklage angesammelt, so wurde die Herabsetzung der Beiträge gefordert, und damit war es mit der Ansammlung von Rücklagen zu Ende. Auch konnten die Krankenkassen nicht auf pünktliche Eingänge der Beiträge rechnen. Zur Förderung der Leistungsfähigkeit der Klassen beantragt O. Kraß unter anderem die Vereinheitlichung der Krankenversicherung, die strenge Kontrolle der Arbeitsunfähigkeit bei weitestgehender Wahrung der Interessen der wirklich Kranken, die sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf die Durchschnittsleistungen der Krankenkassen an Krankengeld und pünktliche Zahlung der Klassenbeiträge durch die Arbeitgeber.

### Vom Ausland

**Ein Weltwanderungskongress** findet in der Zeit vom 18. bis 21. Mai 1926 in London statt, einberufen vom Internationalen Gewerkschaftsbund und der S. I. Folgende Fragen stehen zur Erörterung: 1. Regulierung der Wanderung, Referent L. Jouhaux (Paris). 2. Beschränkung, Ausschluss und Assimilierung, Referent C. T. Cramp (London). 3. Schutz der Einwanderer, Referent C. Knoll (Berlin). 4. Die Lage der Einwanderer auf dem Gebiete der Sozialversicherung, Referent L. de Brouckere (Brüssel). 5. Wirtschaftliche Faktoren der Wanderung, Referent J. W. Brown (Amsterdam). 6. Wanderungspolitik der Arbeiterorganisationen, Referent C. Mertens (Brüssel).

### Litteratur

Im „Arbeiter-Belehler“ Nr. 4 (achtseitig) wird im Leitartikel Stellung genommen zu der Frage: „Was sagt der 1. Mai der Arbeiterjugend?“ Dem folgt ein Bericht: „Wie heißt das Gebot der Stunde?“, in dem die Mitglieder aufgefordert werden, unermüdet für die Stärkung

ihrer Abteilung zu sorgen. Der Artikel: „Die Bedeutung der Bekehrung“ bietet einen guten Einblick (besonders in seinem begründenden Teil) in die Ansichten von Arbeitgebern in dieser Angelegenheit. Bestehen die Möglichkeiten, das Lehrverhältnis eventuell auch als nach Ablauf der vereinbarten Lehrzeit zu lösen, ein anderer Artikel hin. Eine kurze Abhandlung über die Stellungnahme des Vertrauensmannes zur Filialleitung zeigt den großen Wert einer engen Zusammenarbeit zwischen beiden und ferner, daß auch bei der Bekehrung eine ähnliche Einrichtung bestehen sollte. Aus der sonst behandelten Fragen wollen wir noch erwähnen, was uns über das Verhalten der Bekehrten der Fachschule in Dresden bekannt wurde, wobei die Antwort des Wirtschaftsdirektors des Sachverständigenrates der Filiale Dresden Beachtung verdient. machen wir auf eine Zeitschrift aus Freiberg aufmerksam, die unter dem Titel „Ein wildgewordener Intern“ wiedergegeben ist.

### Literarisches

Aus der internationalen Sozialpolitik. Die Arbeit über die Bedeutung und Auswirkungen des Wirtschaftswendens werden in allen Ländern lebhaft fortgesetzt. An die theoretischen Erwägungen treten dabei immer mehr auch die angabensuchende Untersuchungen. Soweit solche über die Zeit allgemein verfügbar sind, dürften sie in der großen hebung des Internationalen Arbeitsamtes erfasst sein. Professor W. H. G. im „Arbeiter-Belehler“ über die Erörterung des „Wirtschaftswendens“ ausführlich berichtet. Besondere werden darin die Wechselwirkungen von Wirtschaft und technischem Fortschritt behandelt. Seine mit reichlich Belegen gefüllte Darstellung wird gewiß von Freunden Gegnern der kürzeren Arbeitszeit beachtet werden müssen. Die soziale Seite der Agrarreform in Estland (drei baltische Staatsratsmitglieder Marina. Der am 15. April veröffentlichte 7. Jahresbericht der Internationalen Arbeitskonferenz liegt jetzt ebenfalls vor. Es handelt sich dabei um Uebereinkommensentwürfe und Vorstöße auf dem Gebiet der Unfallversicherung, der Berufskrankheiten und der Arbeit in Häusern. Die Internationale Arbeitstagung der Arbeiter“ kann durch jede Buchhandlung wie auch Post bestellt werden (Einzelheft 1 M., Jahresbezugpreis Probehefte versendet das Internationale Arbeitsamt, Berlin, W. 40, Schornhorststraße 35).

**Die Arbeiterwarte.** Das Aprilheft der vom Reichsarbeitsamt für soziale Bildungszwecke herausgegebenen „Arbeiterwarte“ enthält an leitender Stelle einen sehr instruktiven Aufsatz von Paul Kampffmeyer: „Deutsche Kultur- und Geschichte“. Ihm schließen sich Besprechungen der neuesten Erscheinungen aus den verschiedensten Gebieten an. Die hiesigen Beiträge „Arbeiterbildung“ fesselt vor allem der von Heinrich Schulz, „Gegen Schund und Schmutz“, Beitrag der Heimvolkshochschule Lins, Dr. Alfred Braun berichtet über die sechsjährige Tätigkeit und den inneren Wert der Schule, die sich einer zunehmenden Beliebtheit in den der proletarischen Jugend erfreut. Eine Vortragsabfolge die Mitarbeiter, eine allgemeine Einführung in die wirtschaftliche Literatur und zahlreiche Berichte über den der proletarischen Bildungszwecke ergänzen den Inhalt. Die neuesten Nummer dieser Zeitschrift, die wir unsern Lesern gelegentlich empfehlen. Die „Arbeiterwarte“ (nebst „Arbeiterwarte“) kann durch die Post oder den Buchhandel bezogen werden. Der Preis beträgt vierteljährlich 1,50 M., das einzelne Heft 75 P.

**Mutter und Säugling in der Beschäftigung.** Von E. Schröder, M. d. N. Verlag J. S. W. Dieh Nachf. 40 Hart. Preis 40 S. Das Wächlein kann der Frau, die die Konfekte der Mutterkraft im kapitalistischen Staat nach die für Frauenrecht und Freiheit kämpft, Wegweiser sein einer kurzen, klaren, von tiefer Frauenkenntnis zeugenden Leistung gibt uns die Schrift einen Einblick vom Kindersterblichkeit in Deutschland, zeigt uns unter Hinweis auf Statistik, wie Frauenkraft und Frauenglück vergeblich mit der Sozialdemokratie ist es gewesen, die unter Verletzung und auf internationaler Basis für das Verbot der Arbeit in gewerblichen Betrieben und für einen lichen Schwangers- und Wöchnerinnenschutz eingetreten ist. Das alles zu einer Zeit, als bürgerliche Frauenrechtlerinnen sozialen Frauenschutz noch als Eingriff in die Freiheit der zurückwiesen. Möge die lehrreiche, aufklärende Schrift Frauenkreise weiteste Verbreitung finden.

### Bereinstell

**Bericht der Hauptkasse für Monat März bis Quartalschluß.**  
Eingesandt haben: Aachen 600 M., Beuthen 1700, Coblenz 800, Cuxhaven 100, Danzig 1120, Dessau 850, Duisburg 250, Glatz 157,33, Frankfurt a. M. 2750, Friedberg 250, Gießen 100, Halle 200, Hamburg 2000, Heilbronn 100, Herford 170, Hildesheim 130, Hirschberg 125, H. Oberkammer 400, Jena 300, Jüterburg 95, Jngolstadt 100, Karlsruhe 25, Kiel 280, Köln 548,70, Landsberg 100, Landeshut 65, Rauenburg 6,04, Leipzig 900, Lind 150, Lübeck 500, Müneburg 180, Magdeburg 2000, Meise 150, Neustadt a. d. S. 8,61, 330, Nordhausen 400, Norden 200, Nürnberg 600, Oldenburg 304,58, Osnabrück 100, Passau 70, Schweinfurt 84,75, Sorau 100, Eiminemünde 150, Tilsit 145, Weimar 200, Weiskammer 60, Werda 100, Wiesbaden 800, Wilhelmshaven 200, Wolfenbüttel 1000, Zeitz 242,22. J. Reich, Rastatt

Vom 18. bis 24. April ist die 16. Beitragsw

### Sterbetafel

Danzig. Im Alter von 51 Jahren starb Kollege H. H. von der Zahlstelle Marienburg i. Westpr. Dresden. Nach nur kurzem Kranklager verschied er am 5. April an Herzlähmung unser langjähriges Mitglied, der zweite Vorsitzende der Filiale Geschäftsleiter der Malereigenossenschaft Dresden E. Friedlitz im Alter von 54 Jahren. — Am 6. starb unser Kollege Oskar Gierlein im von 56 Jahren.

Chre ihrem Andenken!